

PRESSESCHAU

Land Bremen

Januar 2025

schen (CDU). Tatsächlich unterstützten alle Bürgerschaftsabgeordneten den Antrag, der Beschluss war einstimmig. „Es geschieht nicht oft, dass BD den Senat für seine Arbeit lobt, auch wenn das Projekt mit geschätzten 600 Millionen Euro ein Kraftakt wird“, betonte Jan Timke von Bündnis Deutschland.

Senatorin Vogt bedankte sich für die einhellige Unterstützung. Sie kündigte an, dass die Planungen für den Energyport bis Ende März so weit vorangetrieben sind, dass Senat und Bürgerschaft endgültig entscheiden können.

02.01.2025 NORDSEE-ZEITUNG „Der Energyport schrumpft“

10.01.2025 Buten un binnen
„Opposition kritisiert Parkkonzept“

"In dem Papier steckt viel heiße Luft", sagt der CDU-Verkehrspolitiker Michael Jonitz. Das Ressort bleibe konkrete Lösungen schuldig und lege viele Dinge für das Parken in den Stadtteilen fest, die es dann aber nicht einhalten könne. So müsse zum Beispiel das kostenpflichtige Bewohnerparken mit den Beiräten abgestimmt werden – und das koste Zeit. Außerdem fehle ein Plan, wann die Beiräte und die Bürger beteiligt werden.

FDP-Politiker Fynn Voigt warnt davor, Parkplätze zu streichen und Gebühren zu erhöhen. Es brauche sofort Alternativen wie Quartiersgaragen oder Parkplätze von Supermärkten, die genutzt werden können. Autos einfach zu verbieten, löse das Problem nicht, sagt Piet Leidtreiter von Bündnis Deutschland.

15.01.2025 NORDSEE-ZEITUNG

BD-Fraktion

„Justizressort finanziell besser ausstatten“

Bremerhaven. Die Personalsituation im Amtsgericht und bei der Staatsanwaltschaft Bremerhaven ist alarmierend: In einem offenen Brief an Justizsenatorin Claudia Schilling (SPD) kritisiert die Richtervereinigung fehlende Stellen - zwei Richter, ein Rechtspfleger und fünf Mitarbeiter fehlen, zudem wird die mangelhafte Digitalisierung bemängelt (NZ vom 13. Januar). Julia Tiedemann, justizpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis Deutschland (BD) in der Bremischen Untätigkeit vor: „Ein funktionierender Rechtsstaat braucht eine handlungsfähige Justiz.“ Die BD-Fraktion fordert den Senat auf, das Justizressort finanziell besser auszustatten und Bremerhaven als Arbeitgeber attraktiver zu machen. Auch die Digitalisierung müsse dringend verbessert werden. (pm/axt)

15.01.2025 WESER-KURIER
„Stadt setzt sich gegen DFL
durch“

Jan Timke, Fraktionschef von Bündnis Deutschland, dagegen begrüßt das Urteil: Es sei nur gerecht, dass die DFL als Veranstalter zur Kasse gebeten werde. Wegen der finanziellen Chancengleichheit sollten nun aber auch andere Bundesländer dem Bremer Beispiel folgen.

21.01.2025 Buten un
binnen „Bremen will
Ratten bekämpfen“

Das hat die Stadtbürgerschaft mit großer Mehrheit beschlossen. Auch CDU und Bündnis Deutschland stimmten für den Antrag der Koalition. Welche Maßnahmen sind geplant?



Inhalt teilen

Für sichtbaren Rattenbefall soll es künftig eine Meldepflicht geben. Außerdem wird ein zentrales Meldesystem beim Gesundheitsamt eingerichtet. Kanalnetzbetreiber werden verpflichtet, bei einer Rattenplage zu handeln. Vor allem aber will Bremen mehr tun, um die Ausbreitung von Ratten frühzeitig zu verhindern. Dabei soll auch ein besseres Abfallmanagement helfen, sagt Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke).

22.01.2025 WESER-KURIER

Rattenbekämpfung soll effektiver werden

Meldestelle übernimmt Koordination – Verwaltung will auf Kleingartenvereine zugehen

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Die Stadt will systematischer gegen die Ausbreitung von Ratten vorgehen. Einem entsprechenden Konzept der rot-grün-roten Koalition hat die Bürgerschaft am Dienstag mit breiter Mehrheit zugestimmt. Auch CDU und Bündnis Deutschland waren dafür, nur die FDP lehnte die Pläne ab.

Dass Handlungsbedarf besteht, war in der Debatte unstrittig. Zwar gibt es kaum verlässliches Datenmaterial zur Entwicklung der Rattenpopulation im Stadtgebiet, doch häufen sich die Klagen von Bürgern über eine Zunahme der Nager. Das Konzept sieht nun unter anderem vor, ein zentrales Meldesystem für Rattenbefall beim Gesundheitsamt zu schaffen. Es soll alle Sichtungen dokumentieren. „Aus diesem System heraus sollen die einzuleitenden Maßnahmen für die zuständigen Stellen angestoßen, koordiniert und gesteuert werden“, heißt es im Bürgerchaftsbeschluss. Schwerpunkt ist indes die Prävention. So sollen beispielsweise die Entsorgungsunternehmen dazu gedrängt werden, die Materialstärke des Gelben Sacks für Verpackungsmüll zu verbessern, aus dem sich Ratten gern bedienen. Bei größeren Wohnanlagen kommt auf Vermieter die Ver-

pflichtung zu, zentrale Müllsammelstellen auch für Verpackungsmüll einzurichten. In Grünanlagen sollen weitere Müllbehälter aufgestellt und in kürzeren Intervallen geleert werden. Auch mit den Kleingartenvereinen will die Verwaltung ins Gespräch kommen, denn in den Parzellegebieten finden Ratten oft ebenfalls reichlich Nahrung.

Die CDU hatte ursprünglich ein eigenes Konzept in die parlamentarische Beratung

eingebraucht. Es stellt stark auf das sogenannte „Erfurter Modell“ ab. In der thüringischen Stadt hat es sich nach Darstellung des CDU-Umweltpolitikers Hartmut Bodeit bewährt, ungenutzte Abzweigungen der Kanalisation systematisch zu verschließen und so potenzielle Brutstätten von Ratten zu vermindern. Die von der Koalition geplante Meldestelle bewirke zu wenig, sagte Bodeit in Richtung Rot-Grün-Rot. Bremen müsse

„endlich ins Handeln kommen“.

Sprecher der Regierungsmehrheit zweifelten ihrerseits die Wirksamkeit des „Erfurter Modells“ an. Dort hätten sich erste Erfolge im Kampf gegen das Ungeziefer schnell wieder verflüchtigt, sagte der SPD-Abgeordnete Senihad Sator. Überhaupt sei es fachlich falsch, in der Kanalisation das eigentliche Problem zu sehen. Das unterirdische Leitungssystem sei nicht in erster Linie Brutstätte, sondern Laufweg der Ratten. Der Kampf gegen die Nager müsse daher vor allem bei den Nahrungsquellen ansetzen, also vor allem die Prävention in den Blick nehmen.

Das sah auch Cord Degenhard (Bündnis Deutschland) so: „Das Rattenproblem ist von Menschen gemacht.“ An der Ausbreitung der Tiere sei meist unsachgemäße Entsorgung von Lebensmitteln schuld. Degenhard forderte härtere Sanktionen gegen die Verursacher.

Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke) stellte sich hinter den Koalitionsantrag. Sie kündigte den Aufbau eines „niedrigschwelligen Meldesystems“ für Rattenbefall an, in das auch Hansewasser einbezogen werden soll. Parallel arbeite ihr Haus an einer Rattenbekämpfungsverordnung, die Pflichten und Zuständigkeiten genauer regelt.



FOTO: JENS KALAENE/DPA

Eine Ratte im Gebüsch. Der Befall öffentlicher Grünanlagen hat offenbar zugenommen.

23.01.2025 NORDSEE-ZEITUNG

„Der geschrumpfte Energyport“

Die Verkleinerung des Energyports ist laut Antrag deshalb möglichst geworden, weil nicht mehr wie früher die Rotorblätter auf dem Terminal vormontiert werden sollen. Da die Anlagen inzwischen riesig geworden

„Wir brauchen die Unterstützung des Bundes.“

Emanuel Herold, Die Grünen

sind, werde diese „Sternmontage“ nicht mehr praktiziert. Mit der geschrumpften Hafensfläche sollen nicht nur die Naturschüt-

zer gnädig gestimmt werden. Das Land muss dann auch weniger Ersatz als Ausgleich für die zerstörten Naturschutzflächen zur Verfügung stellen. Diese sogenannten Kompensationsflächen sind inzwischen äußerst knapp und teuer geworden. Die Anforderungen an das Kompensationsprojekt seien weiterhin hoch, sagte Emanuel Herold von den Grünen.

Der Senat wird nun aufgefordert, auch das Thema Wasserstoffimport voranzutreiben, da Bremerhaven jetzt an das Netz angeschlossen wird. Und er soll sich dafür einsetzen, dass der Spezialhafen beschleunigt verwirklicht werden kann. Beim Bund soll er Druck machen, da-

mit der Energyport als „Vorhaben von überragendem öffentlichem Interesse“ eingestuft wird, was die Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht.

In Berlin soll er sich zudem dafür einsetzen, dass die umliegenden Gewerbegebiete als „Net Zero Valley“ eingestuft werden. Auch dabei geht es um Verfahrensbeschleunigung und zusätzliche Fördermittel für umweltfreundliche Technologien. Beim Bund sollen auch direkt Fördermittel eingeworben werden.

„Wir brauchen die Unterstützung des Bundes“, sagte Herold, „lassen Sie uns ein gemeinsames Signal an die Bundesebene schicken.“ Es werde die erste Aufgabe der neuen Bundesregierung

sein, den Häfen mehr Geld zur Verfügung zu stellen, sagte auch Thorsten Raschen (CDU). Tatsächlich unterstützten alle Bürgerschaftsabgeordneten den Antrag, der Beschluss war einstimmig. „Es geschieht nicht oft, dass BD den Senat für seine Arbeit lobt, auch wenn das Projekt mit geschätzten 600 Millionen Euro ein Kraftakt wird“, betonte Jan Timke von Bündnis Deutschland.

Senatorin Vogt bedankte sich für die einhellige Unterstützung. Sie kündigte an, dass die Planungen für den Energyport bis Ende März so weit vorangetrieben sind, dass Senat und Bürgerschaft endgültig entscheiden können.

23.01.2025

WESER-KURIER

Grunderwerbsteuer steigt ab Juli auf 5,5 Prozent

Opposition warnt vergeblich vor negativer Wirkung

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Die Grunderwerbsteuer, die beim Kauf von Immobilien anfällt, steigt zum 1. Juli um 0,5 Prozentpunkte auf dann 5,5 Prozent vom Kaufbetrag. Das hat die Bürgerschaft am Mittwoch mit den Stimmen der rot-grün-roten Koalition beschlossen. Die Oppositionsfraktionen von CDU, Bündnis Deutschland und FDP votierten dagegen. Die Anhebung, von der sich Finanzsenator Björn Fecker (Grüne) Mehreinnahmen von gut neun Millionen Euro pro Jahr verspricht, ist Teil eines Sanierungskonzepts für Bremens öffentliche Haushalte, das im vergangenen Jahr mit dem Stabilitätsrat von Bund und Ländern abgestimmt worden war.

Mit dem künftig geltenden Prozentsatz liegt Bremen im Durchschnitt der Bundesländer. Allerdings – und darauf wiesen mehrere Redner der Oppositionsfraktionen hin – hat Bremen jetzt die Parität mit Niedersachsen verlassen. Dort verlangt der Fiskus weiterhin fünf Prozent. Schon jetzt kehren jedes Jahr etwa 2500 Bremer ihrer Stadt den Rücken und zögen ins niedersächsische Umland, wo die Immobilien im Schnitt ohnehin

etwas günstiger sind, sagte CDU-Fraktionsvize Wiebke Winter. Die jetzt anstehende Erhöhung der Kaufnebenkosten werde dazu führen, dass insbesondere junge Familien beim Thema Haus- oder Wohnungserwerb den Blick noch stärker ins Umland richteten.

Piet Leidreiter (Bündnis Deutschland) wies darauf hin, dass viele Banken die Nebenkosten (Notar, Grundbucheintrag, Grunderwerbssteuer) bei Immobiliendarlehen nicht berücksichtigen. Dieses Geld gehe vom oft ohnehin knappen Eigenkapital ab.

Für die Koalition zeichnete Arno Gottschalk ein anderes Bild. Der SPD-Abgeordnete, der früher bei der Verbraucherzentrale selbst für Beratungen rund um den Immobilienerwerb zuständig war, relativierte die zusätzliche Last. Nach seiner Darstellung fallen ab Juli beim Kauf einer Immobilie im Wert von 300.000 Euro 1500 Euro mehr an Grunderwerbsteuer an. Bei Vollfinanzierung steige die Zinslast dadurch jährlich um 75 Euro, monatlich mithin um einen einstelligen Betrag. Diesen Aufwand zu einem entscheidenden Hindernis für einen Immobilienkauf aufzubauschen, sei stark übertrieben.

23.01.2025 WESER-KURIER

Bürgerschaft will keine Abstriche an Klimazielen

FDP-Vorstoß von Koalition und CDU abgeblockt – CO₂-Emissionen sollen 2038 nahe null liegen

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Muss sich das ärmste Bundesland wirklich die ehrgeizigsten Klimaziele stecken? Diese sehr grundsätzliche Frage haben die Freien Demokraten am Mittwoch in der Bürgerschaft aufgeworfen und damit sowohl die rot-grün-rote Regierungskoalition als auch die CDU gegen sich aufgebracht. Es ging ordentlich zur Sache in der Debatte, die aus Sicht von SPD, Grünen und Linken vor allem dem Wahlkampf geschuldet war.

Bremen hat sich vor einigen Jahren dem Ziel verpflichtet, bis 2038 den CO₂-Ausstoß auf nahe null zu senken und damit Klimaneutralität zu erreichen. Für den Bund und die Europäische Union gelten andere Fristen. Berlin peilt 2045 an, die EU 2050. Nach Ansicht der Liberalen muss sich das kleinste Bundesland eingestehen, dass die Voraussetzungen für eine schnelle, drastische Absenkung der Emissionen nicht gegeben sind. Die finanziellen Ressourcen der öffentlichen Hand für entsprechende Investitionen seien knapp. Deshalb müsse das Bremer Klimaziel an das des Bundes angeglichen werden.

Aus Sicht des FDP-Umweltpolitikers Marcel Schröder sind die besonders hohen Ambitionen der Hansestadt auch vor dem Hin-

tergrund des EU-weiten Emissionszertifikatehandels sinnlos. Denn Emissionsrechte, die in Bremen nicht genutzt werden, würden in anderen Ländern der Gemeinschaft erworben. Das Gesamtlimit für die Mitgliedsstaaten bleibe gleich. Für das Klima sei also nichts gewonnen, wenn Bremen vorpresche.

Ist das wirklich so? Sprecher der Koalitionsfraktionen und der CDU widerspra-

chen. Arno Gottschalk (SPD) griff das europapolitische Argument der Liberalen auf. Ja, der Treibhausgasausstoß sei auf EU-Ebene gedeckelt, aber: Künftig werde der Erwerb von Emissionszertifikaten Jahr für Jahr teurer. Wer sich also nicht beeile auf dem Weg zur Klimaneutralität, der zahle am Ende drauf. Gottschalk: „Wer langsam ist, den werden die Hunde beißen.“ Für die Linken ging Nelson Janßen mit der FDP heftig

ins Gericht. Sie bleibe „die Partei der Privatflugzeuge und der SUVs“, urteilte er. CDU-Fraktionsvize Martin Michalik warf den Liberalen vor, den Abschlussbericht der Bremer Klima-Enquetekommission aus dem Jahr 2021 nicht verstanden zu haben. Dort seien mit Expertenunterstützung klare Sektorziele für einzelne Lebensbereiche wie Verkehr, Privathaushalte und Industrie definiert worden. Aus den berechenbaren Effekten entsprechender Maßnahmen, schloss sich Grünen-Klimapolitiker Philipp Bruck an, ergebe sich das Klimaziel 2038. Es handle sich also nicht um eine von der Politik willkürlich gesetzte zeitliche Marke.

Das sah Umweltsenatorin Kathrin Moosdorf (Grüne) ganz ähnlich. „Rückschritt und Resignation sind keine Optionen“, appellierte sie an die Abgeordneten. Klimaschutz sei kein Selbstzweck, sondern eine Investition in eine lebenswerte Zukunft. Einzig von

Bündnis Deutschland erhielt die FDP Unterstützung. Dessen Abgeordneter Cord Degenhard nannte es einen Ausdruck von „Hybris“ (Vermessenheit), dass sich ein finanziell notleidendes Bundesland wie Bremen zu einer klimapolitischen Führungsrolle aufschwingt. Degenhard: „Es wäre sinnvoll, sich am Klimaziel der EU zu orientieren.“



FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Der Kfz-Verkehr muss einen Teil der CO₂-Einsparziele erbringen. In diesem Sektor gibt es bisher aber kaum Fortschritte.

E-Scooter-Anbieter per Losverfahren

Parlament billigt neues Konzept

VON FRANK HETHEY

Bremen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und Linke sowie der Fraktion von Bündnis Deutschland (BD) hat die Stadtbürgerschaft am Dienstag das angepasste Sondernutzungskonzept für E-Scooter beschlossen. Damit entscheidet schon bei der nächsten Lizenzvergabe zum 1. Mai ein Losverfahren darüber, welche beiden Anbieter den Zuschlag bekommen. Bislang wurden die einzelnen Konzepte umfassend geprüft und bewertet. Gegen die Neuerung wehrt sich der Branchenverband Plattform Shared Mobility (PSM). In einem dem WESER-KURIER vorliegenden Rechtsgutachten, das der Verband in Auftrag gegeben hat, heißt es, Ablehnungsbescheide würden „sehr wahrscheinlich gerichtlich angefochten“.

Unbeeindruckt von der Branchenkritik zeigte sich Innenstaatsrat Olaf Bull. Das Losverfahren verteidigte er als „absolut sinnvoll“. Und weiter: „Wir lassen uns nicht verunsichern durch dieses sogenannte Gutachten.“ Die Unterschiede zwischen den Bewerbern seien zu gering, um den hohen Verwaltungsaufwand des bisherigen Verfahrens zu rechtfertigen. Die frei werdenden Personalressourcen „stecken wir lieber in die Einrichtung von Abstellflächen“ für E-Scooter.

Gegen die Anpassung des Sondernutzungskonzepts stimmten CDU und FDP. Die Bestenauswahl sei kein Hexenwerk, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Jonitz. In Stuttgart und Heilbronn benötige die Auswertung der Anbieterangebote wenige Wochen. Mit dem neuen Konzept trete in Bremen die Willkür auf den Plan. Nach Kenntnis des innenpolitischen Sprechers der FDP, Marcel Schröder, gibt es in Deutschland keine andere Stadt, die auf einen Losentscheid setzt. Seine Empfehlung: einfach auf eine Begrenzung der Anbieter zu verzichten. Der Markt reguliere sich selbst, mit einer E-Scooter-Flut rechnet er deshalb nicht.

Mit dem Losverfahren habe er zwar „Bauchschmerzen“, sagte Cord Degenhard (BD). Die Zustimmung seiner Fraktion zum Antrag des Senats begründete er mit der Hoffnung, dass sich mehr Personal der Abstellflächen für E-Scooter annehmen könnte. „Wir wollen diese Dinge nicht überall herumliegen sehen.“ Dadurch werde das Stadtbild verschandelt. Ralph Saxe (Grüne) räumte ein, das Losverfahren sei keine „Super-Idee“. Der Markt werde sich aber nicht selber regulieren. Kevin Lenkeit (SPD) betonte, die Anbieter müssten auch im neuen Konzept bestimmte Forderungen erfüllen. „Nur dann kommen sie in den Lostopf.“

24.01.2025 NORDSEE-ZEITUNG

Stellungnahme Jan Timke kritisiert Magistrat

Bremerhaven. Zum NZ-Artikel „Magistrat macht Parkplätze kostenpflichtig: Stadt-Mitarbeiter sind sauer“ äußert sich der Bündnis Deutschland-Stadtverordnete Jan Timke Wahlkreis Bremen II (Bre wie folgt:

„Dieser Magistrat lässt kein Fettnäpfchen aus, um seine Beschäftigten zu vergrätzen. In Zeiten von Fachkräftemangel, unter dem auch die Bremerhavener Verwaltung leidet, ist der Abbau von Parkplätzen auf dem Gelände der Stadthäuser genau das falsche Signal an diejenigen Verwaltungsmitarbeiter, die auf ein Auto angewiesen sind. Ein Arbeitgeber hat auch eine soziale Verpflichtung seinen Mitarbeitern gegenüber. Nicht Wohlfühloasen im Innenhof, sondern ausreichend Parkraum für die Beschäftigten ist das Gebot der Stunde, um einen attraktiven öffentlichen Dienst zu gewährleisten“, kritisiert Timke. (pm/meb)

Von wegen Friedhof

Plötzlicher Aufruhr

Die sogenannte „Friedhofsschicht“ in der Bremischen Bürgerschaft ist auch nicht mehr das, was sie mal war. Es geht um den Donnerstagnachmittag, an dem die Parlamentswoche ausklingt. Die Tagesordnung umfasst dann meist nur noch mittelspannende Themen, die Beratungen plätschern ruhig und friedlich dahin. Anders diesmal. Als es kurz vor Schluss um einen CDU-Antrag zur Leinenpflicht für Assistenten ging, versetzte die Abgeordnete Julia Tiedemann (Bündnis

Deutschland) Teile des Plenums in Aufruhr. „Assistenten sind besser ausgebildet als so mancher Mensch hier im Plenarsaal“, entfuhr es der Bremerhavenerin – heftige Empörung insbesondere auf den Koalitionsbänken. Vizepräsidentin Christine Schnittker musste die Sitzung für einige Minuten unterbrechen. Einen Ordnungsruf gab es für Tiedemann nicht, dafür sei die angesprochene Gruppe zu unbestimmt gewesen, hieß es zur Begründung. Tiedemanns verbaler Rempeler sei allerdings auch „nicht förderlich“ gewesen.



Erstaunlich einstimmig

Der Hochschullehrer Andreas Fischer-Lescano ist neues Mitglied des Staatsgerichtshofs. Dass das Votum der Bürgerschaft für ihn am Donnerstag einstimmig war, darüber dürfte sich der 52-jährige Jurist wohl gewundert haben. Für ihn stimmte nämlich auch der fraktionslose und inzwischen der AfD beigetretene Bremerhavener Abgeordnete Sven Lichtenfeld. Wahrscheinlich hat es sich noch nicht bis zu Lichtenfeld herumgesprochen, dass Fischer-Lescano eifriger Befürworter eines AfD-Verbots ist. Erst vor wenigen Tagen bezeichnete der Staatsrechtler die AfD in einem Zeitungsinterview als „Musterfall einer Partei, die die Krite-

rien der Verfassungsfeindlichkeit nach Artikel 21 des Grundgesetzes erfüllt“.

Zu doll gefreut

Anders als im Bundestag wird in der Bremischen Bürgerschaft nicht applaudiert, sondern auf die Pulte geklopft, wenn ein Redebeitrag auf Zustimmung stößt – so ist es seit vielen Jahrzehnten parlamentarischer Brauch. Grünen-Fraktionsvize Philipp Bruck hat es am Mittwoch ein bisschen übertrieben, als er in grenzenloser

Begeisterung über einen Satz seines Fraktionskollegen Emanuel Herold so heftig auf den Pultdeckel eindrosch, dass die darunter befindliche Steckdose heraussprang. Hilfe nahte sogleich aus den Reihen des Koalitionspartners. SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör behob den Schaden mit einem Minischraubenzieher, den er für solche Fälle offenbar immer bei sich trägt.

Meowmate & Muttmate

Die Bremer Justizbehörde hat gerade die einmalige Chance, die SPD-Bürgerschaftsfraktion mal so richtig zu überraschen. Es geht um eine parlamentarische Anfrage, die die Sozialdemokraten kürzlich eingereicht haben. Wörtlich heißt es darin: „Ist dem Senat das „Meowmate & Muttmate“-Programm im amerikanischen Bundesstaat South Carolina bekannt, in welchem Katzen und Hunde im Gefängnis von Alledale gemeinsam mit Häftlingen leben und erfolgreich als unterstützende Maßnahme zur Resozialisierung von Häftlingen eingesetzt werden?“ Eine coole Antwort wäre: „Selbstverständlich! Unser Referat für bremsisch-southcarolinische Justizbeziehungen hat das ‚Meowmate & Muttmate‘-Programm von Beginn an eng begleitet und wertet die Ergebnisse fortlaufend aus.“

25.01.2025

WESER-
KURIER

29.01.2025 Buten un binnen „Opposition kritisiert Kürzung der Meisterprämie“

Die Opposition in der Bremischen Bürgerschaft hat die Kürzung der sogenannten Meisterprämie kritisiert. Die CDU bemängelte, dass die Mittel bereits ab März gesenkt werden soll. Planbarkeit und Verlässlichkeit sähen anders aus.

Die FDP erklärte, es sei unverantwortlich, gerade jetzt an der Unterstützung der Handwerker zu sparen. Bündnis Deutschland kündigte einen Antrag zum Erhalt der Prämie in der bisherigen Höhe an.

Parteien halten zweite Eisfläche für sinnvoll

Die Eiszeiten reichen nicht aus, es gibt unter anderem bereits lange Wartezeiten bei den Eiskunstläufern. All das ist den Politikern seit Jahren bekannt. Geändert hat das nichts. Ist das Ammoniak-Leck nun ein Weckruf?

Alle Parteien befürworten grundsätzlich den Bau einer

30.01.2025 NORDSEE-ZEITUNG



„Wenn wir in Bremerhaven mal besser haushalten würden und die Projekte besser auswählen, hätten wir vielleicht das Geld für eine zweite Eishalle.“

Julia Tiedemann (BD)

.....